



ANWÄLTIN DES STANDORTS

Die Industriellenvereinigung
als unabhängiger Partner
der Politik



„MINT-GIRLS“-CHALLENGE
Wettbewerb für MINT-Talente
geht in nächste Runde

Seite 8



VORARLBERG
IV-Forderungskatalog an die nächste
Landesregierung

Seite 10

USA UND EU
Potenziale der transatlantischen
Partnerschaft

Seite 2

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



Industrie 2024 "Reichen Einstellung"



„MINT-Girls Challenge“ geht in die nächste Runde

Der bundesweite Wettbewerb „MINT-Girls Challenge“ begeistert Mädchen für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Bis 23. Februar 2025 können wieder innovative Ideen eingereicht werden.

Am 5. September gaben Frauenministerin Susanne Raab, Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher sowie IV-Generalsekretär Christoph Neumayer bereits zum vierten Mal den Startschuss für die österreichweite „MINT-Girls Challenge“. Die Initiative soll bei Mädchen und jungen Frauen das Interesse für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) wecken und dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Warum die „MINT-Girls Challenge“ so wichtig ist

Drei von vier Industrieunternehmen kämpfen seit vielen Jahren mit Personalproblemen im MINT-Bereich; und auch in der Rezeption bleibt die Personalsuche nach MINT-Talenten eine Herausforderung. Gleichzeitig wird aber nur knapp ein Viertel der hoch qualifizierten MINT-Jobs von Frauen besetzt. Da sich die Situation nur langsam verbessert (Wachstum Frauenanteil in zehn Jahren von 20% auf 23%), wurde von BMAW, BKA und Industriellenvereinigung vor drei Jahren die „MINT-Girls Challenge“ gestartet.

Mit MINT die Probleme unserer Zeit lösen

Unter dem diesjährigen Motto „Let's do change“ werden Mädchen eingeladen, innovative MINT-Ideen zu entwickeln, die die Welt nachhaltiger, lebenswerter und zukunftsfitter machen. Umgesetzt werden können diese Lösungen zum Beispiel als Video, Text oder als Werkstück. Auf



IV-Generalsekretär Neumayer, Wirtschaftsminister Kocher und Frauenministerin Raab mit jungen MINT-Talenten.

die Gewinnerinnen warten attraktive Sachpreise und aufregende MINT-Erlebnisse von führenden österreichischen Technologieunternehmen. „Wer schon in jungen Jahren Fragen stellt, sich dafür interessiert, wie die Welt um uns herum funktioniert, die oder der kann

im MINT-Bereich schon morgen Karriere machen und gleichzeitig mithelfen, die Welt zu verbessern. Wir wollen ganz besonders Mädchen motivieren, hierbei mitzuwirken“, bringt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer den Kern der „MINT-Girls Challenge“ auf den Punkt.

MINT-GIRLS CHALLENGE

- Einreichschluss: 23. Februar 2025
- Infos und Einreichung: www.mintgirlschallenge.at
- Zielgruppe: Mädchen und junge Frauen von 4–19 Jahren
- Ziel: Einreichung einer MINT-Idee, die auf ein SDG (Sustainable Development Goal) abzielt

Bildung: Hohe Investitionen, dennoch Verbesserungsbedarf

Die OECD hat das Bildungssystem Österreichs unter die Lupe genommen. Insbesondere in der frühkindlichen Bildung gibt es Nachholbedarf. Die Industriellenvereinigung hat Lösungsvorschläge.

Die aktuelle OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ zeigt bildungspolitische Weichenstellungen für einen attraktiven Bildungs- und Wirtschaftsstandort auf. Heuer lag der Schwerpunkt insbesondere auf Bildungsinvestitionen, Bildungsverläufen sowie Lehrkräften und dem Lehrumfeld.

Zentrale Erkenntnisse für Österreich

Die Teilnahme an frühkindlicher Bildung variiert in Österreich stark nach Region und sozialökonomischem Hintergrund der Familien – obwohl sie den besten Start in erfolgreiche Bildungskarrieren ermöglicht.

Zwar sind die Investitionen in den Bildungsbereich insgesamt hoch, doch auf den zweiten Blick lässt sich erkennen,

dass die frühkindliche Bildung ein vergleichsweise kleines Stück des Budgetkuchens erhält – trotz klarer Evidenz, dass sich Investitionen in den Kindergarten volkswirtschaftlich mindestens achtfach rentieren.

Die Zahl der Jugendlichen zwischen 15 und 29, die sich weder in Ausbildung noch in Erwerbstätigkeit befinden, ist in Österreich seit 2016 nicht gesunken. Sie liegt weiterhin bei 12% – trotz Einführung der Ausbildungspflicht bis 18.

Der Lehrkräftemangel ist in ganz Europa ein drängendes Problem. Auch in Österreich stellen die Überalterung der Lehrkräfte und die hohe Zahl an Teilzeitbeschäftigten eine große Herausforderung für das Bildungssystem dar. Bis 2030 gehen in Österreich 125.000 Lehrpersonen in Pension.

Aus aktueller Sicht entsteht dadurch eine Lücke von 20.000 Lehrpersonen.

Lösungsvorschläge

Die IV hat zielgerichtete Lösungsvorschläge, um diesen Missständen im österreichischen Bildungssystem entgegenzutreten:

In der Elementarbildung wird die Basis für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn gelegt. Darüber hinaus werden soziale Kompetenzen und Sprachfähigkeiten entwickelt. Die IV tritt daher für ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr ein.

Kinderbildung und -betreuung muss in Österreich ab dem ersten Lebensjahr garantiert werden und mit Vollzeitbeschäftigung beider Elternteile vereinbar sein. Dafür braucht es künftig einen Schulerschluss von Bund, Ländern und Gemeinden.

Lesen, Schreiben und Rechnen sind fundamentale Kompetenzen. Dementsprechend muss die Vermittlung dieser Grundkenntnisse im Rahmen einer Bildungspflicht von der 1. bis zur 8. Schulstufe im Zentrum stehen. Durch die Entwicklung eines Stärkenportfolios über diesen Zeitraum sollen die Schülerinnen und Schüler zudem über sich selbst, ihre Stärken und Talente besser Bescheid wissen und basierend darauf die richtige Bildungs- bzw. Berufswahl treffen.

Es braucht ein klares Berufs- und Leitbild für Pädagoginnen und Pädagogen, um das professionelle Rollenverständnis und Selbstverständnis der Lehrkräfte zu stärken. Ein solches Leitbild würde die Rolle der Pädagoginnen und Pädagogen künftig aufwerten und für Studieninteressentinnen und -interessenten Orientierung bieten.

Bundestagung der Jungen Industrie

Unter dem Motto „Feuer am DACH – wie schaffen wir den Turnaround?“ drehte sich alles um die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit.

Zum ersten Mal seit zehn Jahren war Vorarlberg wieder Gastgeber der Bundestagung der Jungen Industrie: Von 3. bis 5. Oktober 2024 trafen sich rund 120 Mitglieder der JI aus allen Bundesländern, um sich auszutauschen, zu vernetzen und gemeinsam Zukunftsperspektiven für die Industrie zu diskutieren.

Einmaliger Auftakt in der Johanniterkirche

Der Auftakt der Bundestagung fand in der Feldkircher Johanniterkirche statt, die zum ersten und wohl einzigen Mal für eine Veranstaltung dieser Art geöffnet wurde.

„Gerade wegen der herausfordernden Zeiten ist es unsere Aufgabe als Junge Industrie, positiv in die Zukunft zu blicken und konsequent bei unseren Themen und Forderungen zu bleiben“, eröffnete Bundesvorsitzende Julia Aichhorn die Bundestagung mit ihrer Rede. Die anschließende Keynote von Franz Schellhorn, Leiter der Denkfabrik Agenda Aus-



Bei der Podiumsdiskussion diskutierten Unternehmer aus dem DACH-Raum zu aktuellen Herausforderungen in der Industrie.

tria, schlug in dieselbe Kerbe. Darin stellte er drei Forderungen an die künftige Bundesregierung, um Österreich wieder wettbewerbsfähig zu machen: „Erstens braucht es eine Ausgabenbremse wie in der Schweiz, um den Reformdruck zu erhöhen. Zweitens muss die Politik aufhören, Teilzeit steuerlich zu subventionieren. Drittens braucht Österreich eine Schulreform“, so Schellhorn.

Was andere Länder besser machen, versuchte die Moderatorin des Abends, Anna Hilti (Vorsitzende JI-Vorarlberg), in der folgenden Podiumsdiskussion mit Franz Schellhorn, Julia Aichhorn, Fabian Frick (CEO Hoval und Vizepräsident Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer), Stefan Aichbaur (H&Z Management Consulting, München) und Fabian Pernstich (Industrie- und Handelskammer St.Gallen-Appenzell) zu erarbeiten. Die Referenten aus dem DACH-LI-Raum beleuchteten die Stärken und Schwächen ihrer Länder und veranschaulichten, was diese jeweils voneinander lernen können. Grundtenor war, dass die Überregulierung auf nationaler und EU-Ebene zunehmend zum Problem wird – auch in der Schweiz und in Liechtenstein.

„Amerika innoviert, China imitiert und Europa reguliert“ – leider hat diese Überspitzung einen wahren Kern und die Politik muss alles daran setzen, dass uns Amerika und China nicht noch weiter abhängen“ – mit diesen Schlussworten beendete Anna Hilti die Diskussion und lud die Mitglieder zum anschließenden Diskutieren und Netzwerken ein.

Abwechslungsreiches Programm mit Betriebsbesichtigungen und Diskussionen

Der zweite Tag der Bundestagung führte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu spannenden Betriebs-



Der abschließende Ausflug zum Lünensee wurde von Schneefall begleitet.



Bundesvorsitzende Julia Aichhorn bei ihrer Eröffnungsrede.

besichtigungen bei Rondo Ganahl, 11er und Hirschmann Automotive, wo die düstere wirtschaftliche Großwetterlage ebenso thematisiert wurde. Alle Betriebe beklagen ähnliches Leid: zu viel Bürokratie, hohe Lohnnebenkosten, viel zu große Steuerbelastung. Zudem brauche es seitens der Politik unbedingt Anreize, um Leute wieder in Vollzeitbeschäftigung zu bringen – zurzeit sei Teilzeit für Mitarbeiter weitaus attraktiver, was sich ändern müsse.

Nach den Besichtigungen diskutierte die Junge Industrie im beeindruckenden Peterhof in Furx weiter mit Elmar Hartmann, Präsident der IV-Vorarlberg, sowie den Architekten des renommierten Architekturbüros Baumschlager Eberle



Eröffnungsabend in der Johanniterkirche.

über aktuelle Herausforderungen und Chancen für Unternehmen in Österreich. Hartmann ging unter anderem auf die Lohnstückkosten ein, die in Europa nach Luxemburg am zweithöchsten gestiegen sind – um fast 35 Prozent seit 2019. „Die Produktivitätssteigerung kann damit unmöglich mithalten. Die Folge ist, dass wir uns aus allen Märkten preisen, Betriebe abwandern und die Arbeitslosigkeit steigen wird“, so Hartmann.

Das Resümee der Tagung wurde am dritten Tag beim malerischen Lünensee gezogen: Begleitet von Schneefall und einer traditionellen Brettljause diskutierten die Mitglieder ein letztes Mal, bevor alle die Heimreise antraten.

Positive Bilanz und Ausblick

Die Bundestagung der Jungen Industrie 2024 hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig Austausch und Vernetzung in der jungen Industrielandschaft sind. „Wir freuen uns sehr über das große Interesse und die spannenden Gespräche, die wir in den drei Tagen führen konnten“, resümiert Anna Hilti. „Es ist wichtig, die Zukunft der DACH-Region gemeinsam zu gestalten und Strategien zu entwickeln, um den Herausforderungen der Deindustrialisierung zu begegnen.“



ÖSTERREICH VS. ZUKUNFT

Wer führt die Mannschaft an? Und wer wird am Ende gewinnen?

Österreich hat gewählt. Und zwar historisch. Noch nie war eine FPÖ auf Platz eins oder eine Sozialdemokratie auf Platz drei. Auch die ÖVP kann sich bei Weitem nicht über den zweiten Platz freuen, denn auch sie hat etwas mehr als elf Prozentpunkte verloren. Eine stabile Regierung zu bilden wird eine große Herausforderung – aber mindestens so wichtig ist die Botschaft des Wahlergebnisses: Die Menschen haben genug vom bisherigen Kurs. Sie sind unzufrieden mit der Politik und dem System der letzten Jahre.

Unsere Bürokratie wächst unaufhaltsam, und als Unternehmer steht man vor immer größeren Herausforderungen. Wir kämpfen mit steigenden Lohnkosten und schwindender Wettbewerbsfähigkeit, während die Politik eine „Vollkasko-Mentalität“ etabliert hat: Der Staat übernimmt für alles die Verantwortung und verteilt, als gäbe es unbegrenzt Ressourcen. Dieses „Geld wächst auf Bäumen“-Denken hat sich tief in die Gesellschaft eingegraben. Es fehlt das Bewusstsein dafür, dass Wohlstand erarbeitet werden muss – in der Bevölkerung ebenso wie in der Politik.

Doch wir stehen am Scheideweg. Nach drei Jahren Rezession und alarmierenden Budgetdefiziten sind wir gezwungen, die Prioritäten neu zu setzen. Die Staatsfinanzen sind angeschlagen und der finanzielle Spielraum wird enger. Es reicht nicht mehr, sich von Wahl zu Wahl mit kurzfristigen Lösungen zu retten. Österreich braucht jetzt eine klare Vision, wohin die Reise gehen soll. Wollen wir ein Land sein, das langfristig wettbewerbsfähig und innovativ bleibt? Oder setzen wir weiterhin auf ein Sozialsystem, das von immer weniger Menschen getragen werden kann?

Es ist Zeit, wieder mehr Eigenverantwortung ins Zentrum zu rücken. Die Menschen müssen verstehen, dass der Staat nicht für alles aufkommen kann. Unsere Aufgabe als Junge Industrie ist es, den Fokus auf nachhaltige Lösungen zu lenken. Wir fordern Einsparungen im Pensionssystem, eine Rückkehr zur Vollzeitbeschäftigung und verstärkte Investitionen in Bildung und MINT-Fächer. Nur so schaffen wir es, die Grundlage für eine starke Wirtschaft und eine verantwortungsbewusste Gesellschaft zu legen.

Es braucht klare Visionen für die Zukunft: Was soll Österreich in zehn, 20 Jahren sein? Ein Land, das Eigenverantwortung und Innovation fördert, oder eines, das im Stillstand verharrt und von kurzfristigen Geschenken abhängig ist? Österreich muss sich entscheiden – und es ist Zeit für eine klare Richtung.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

Mut zur Zukunft – neuer Aufbruch für unseren Wirtschaftsstandort

Erlauben Sie mir nach 100 Tagen im Amt als Geschäftsführer der Industriellenvereinigung Vorarlberg eine erste nüchterne Zwischenbilanz: Unser Standort steht weiterhin vor großen Herausforderungen – und Vorarlberg an einem Wendepunkt.

Einst ein Garant für wirtschaftlichen Erfolg, spüren wir heute den Gegenwind des globalen Wettbewerbs, überbordender Bürokratie und regulatorischer Hemmnisse. Unser Wohlstand, der von Generationen fleißiger und vorausschauender Menschen erarbeitet wurde, ist keine Zukunftsgarantie mehr. Die Zeichen sind deutlich: Nur mehr Mittelmaß im Standort-Ranking, stockende Infrastrukturprojekte, zögerliche Reformen. Deshalb ist es Zeit für einen neuen Aufbruch.

Die Welt hat sich verändert, der Wettbewerb ist härter geworden. Aber gerade deshalb müssen wir unsere Stärken neu

entdecken. Vorarlberg war schon immer mehr als Fleiß: Innovationsgeist, Gestaltungswille, Mut zum Risiko – diese Eigenschaften brauchen wir heute mehr denn je.

Wir müssen gestalten, nicht nur verwalten. Wir müssen investieren, nicht nur umverteilen. Wir müssen mutige Entscheidungen treffen, auch wenn sie unbequem sind. Denn nur so können wir unseren Standort sichern und damit unseren Wohlstand erhalten.

Aus diesem Grund haben wir einen umfangreichen Forderungskatalog an eine neue Landesregierung ausgearbeitet. Dieser Forderungskatalog versteht sich

als Angebot, wieder gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Machen wir Vorarlberg wieder zum Vorreiter, zu einem Ort, an dem Ideen entstehen und Unternehmen wachsen! Wir, die Industriellenvereinigung Vorarlberg, sind bereit, mit unserer Kompetenz und unserem Engagement dazu beizutragen.

Es ist Zeit, vom Fleiß zur Gestaltungskraft zu kommen. Es ist Zeit, ein neues Kapitel in der Erfolgsgeschichte Vorarlbergs aufzuschlagen. Packen wir es gemeinsam an!

Simon Kampl,
Geschäftsführer der IV-Vorarlberg



IV präsentiert Forderungskatalog an die nächste Landesregierung

In sechs Handlungsfeldern mit insgesamt 23 klaren Forderungen für den Wirtschaftsstandort sieht die IV dringenden Handlungsbedarf für die nächste Landesregierung – und fordert entsprechenden Mut.

Im „Industrieland Vorarlberg“ werden Bevölkerung und Wirtschaft durch die Industrie geprägt. Kein anderes Bundesland Österreichs hat im Vergleich zur Gesamtbevölkerung mehr Beschäftigte in seiner Industrie. In Ländle liegt auch der Anteil der Bruttowertschöpfung durch die Beschäftigten in der Industrie mit rund 40 Prozent an der Spitze aller Wirtschaftszweige. Dazu ist die Industrie (inkl. produzierendem Gewerbe, Bau und Energie) auch größter Arbeitgeber – jede dritte Person ist hier beschäftigt.

Klare Forderungen für Wirtschaftsstandort

Mit einem konkreten Forderungskatalog blickt die Industriellenvereinigung Vorarlberg auf die Zeit nach der Landtagswahl: „Unsere Industrie befindet sich mittlerweile im dritten Rezessionsjahr, und wenn uns nicht rasch der Turnaround gelingt, wird die Deindustrialisierung immer mehr zur Realität“, erklärt Elmar Hartmann, Präsident der IV-Vorarlberg. „Der Wirtschaftsstandort Vorarlberg steht daher vor großen Herausforderungen, die eine zukunftsorientierte, mutige und standortfreundliche Politik benötigen.“

Damit diese Herausforderungen von der nächsten Landesregierung aktiv angegangen werden, hat die IV-Vorarlberg ein umfassendes Maßnahmenpaket ausgearbeitet. „Die Industrie ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. In den nächsten Wochen und Monaten müssen die Weichen gestellt werden, um Wohlstand und Arbeitsplätze in Vorarlberg langfristig zu sichern“, betont Hartmann.

23 konkrete Maßnahmen für die kommenden fünf Jahre

Der Katalog umfasst 23 konkrete und umsetzbare Maßnahmen, die in den nächsten fünf Jahren angegangen werden müssen. Diese sind in sechs Themenbereiche unterteilt: Bürokratie reduzieren, Kosten senken, Fachkräfte anlocken, Lehre weiter verbessern, Forschung stärken und Infrastruktur ausbauen.

„Wir haben einen konkreten Maßnahmenkatalog mit für die Industrie wichtigen Schwerpunkten ausgearbeitet, den es von einer neuen Landesregierung umzusetzen gilt. Auch wenn fünf Jahre eine überschaubare Zeitspanne sind, muss eine zukünftige Landesregierung mit Entschlossenheit mutige Weichenstellungen vornehmen“, so Hartmann weiter. Vorarlberg stehe zwar auf einem wirtschaftlich soliden Fundament, aber der Trend gehe eindeutig in die falsche Richtung. „Die Arbeitslosigkeit steigt, die Standortkosten werden von Jahr zu Jahr höher und auch die bürokratischen Auflagen nehmen zu. Es ist an der Zeit, auch schwierige Themen anzupacken. Eine entschlossene Politik könnte sich als überraschend populär erweisen, wenn sie den Mut hat, das Notwendige umzusetzen.“

An moderner Infrastruktur führt kein Weg vorbei

Einer der wichtigsten Punkte im Forderungskatalog ist der Ausbau der Infrastruktur. „Ohne den Ausbau von Straße und Schiene wird es nicht gehen“, so Hartmann. Konkret fordert die IV den Bau neuer Gleise für den Güterverkehr im Rheintal, die Realisierung der

Unterflurtrasse zwischen Bregenz und Lochau sowie eine Lösung für die S18 in Lustenau. „Unsere exportorientierten Unternehmen sind auf eine moderne Infrastruktur angewiesen, und wenn wir den Verkehr umweltfreundlicher gestalten wollen, müssen wir in die Schiene investieren.“ Die IV drängt darauf, dass alle drei Projekte bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode aktiv vorangetrieben werden: „Die Umsetzung dieser Projekte ist alternativlos, auch wenn sie nicht

jedem gefallen werden. Aber das große Ganze muss im Vordergrund stehen“, betont Hartmann. „Unsere Forderung lautet daher: Bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode müssen die Weichen für den tatsächlichen Bau dieser drei Infrastrukturprojekte gestellt werden.“

Bürokratie als Hemmschuh für Innovation

Ein weiterer zentraler Punkt ist der Abbau überbordender Bürokratie. „Bürokratie verlangsamt und verteuert Prozesse unnötig. Wir brauchen eine Entlastung unserer Unternehmen, um ihre Innovationskraft nicht zu bremsen“, forderte Hartmann. Bestimmte bürokratische Prozesse seien zwar notwendig, das derzeitige Ausmaß sei jedoch hinderlich und die Unternehmen würden zunehmend unter den ständig wachsenden bürokratischen Vorschriften stöhnen. Als Lösung schlägt die IV unter anderem eine zeitlich befristete Stelle vor, die überflüssige Bürokratie identifiziert und abbaut. Zudem soll eine Ombudsstelle geschaffen werden, bei der Unternehmen Missstände anonym melden können. „Niemand kennt die Schwächen des Systems besser als diejenigen, die täglich damit arbeiten“, so Hartmann. Darüber hinaus soll nach dem Vorbild Oberösterreichs eine neue digitale Verfahrensabwicklungsplattform geschaffen werden, auf der künftig alle notwendigen Genehmigungsverfahren digital erledigt werden. „Das Beispiel zeigt, dass durch den Wegfall von scheinbar banalen Dingen, wie dem Wegfall von Postwegen, und durch Transparenz eine deutliche Verkürzung der Verfahrensdauer erreicht werden kann. Zudem ist für die Projektwerber

„Der Wirtschaftsstandort Vorarlberg steht daher vor großen Herausforderungen, die eine zukunftsorientierte, mutige und standortfreundliche Politik erfordern.“

Elmar Hartmann,
Präsident IV-Vorarlberg

jederzeit ersichtlich, welche Unterlagen im Projektverfahren noch fehlen, und ein Antrag kann nicht mehr formell abgelehnt werden, nur weil ein Dokument bei der Einreichung vergessen wurde.“

Neuer Lehrberuf „Kinderbetreuung“ gefordert

Neben Infrastruktur und Bürokratie sind Themen wie die hohen Arbeits- und Flächenkosten, der Fachkräftemangel sowie der Ausbau des Forschungsstandorts von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus fordert die IV Maßnahmen zur Verbesserung

der Lehre und der Ausbildung von Kinderbetreuungspersonal. „Es liegt in der Natur einer Interessenvertretung, eher den Finger in die Wunde zu legen als Beifall zu klatschen. Natürlich muss man anerkennen, dass in den letzten Jahren auch viel passiert ist, etwa im Bereich der Kinderbetreuung, wo wichtige Weichen gestellt wurden. Jetzt gilt es aber, nicht nachzulassen und die noch offenen Herausforderungen anzugehen und die noch bestehenden Lücken zu schließen. Im Bereich der Kinderbetreuung betrifft dies die Frage des verfügbaren Personals. Eine

innovative Lösung wäre die Etablierung eines Lehrberufs für Kinderbetreuung“, so Hartmann.

IV bietet neuer Landesregierung Zusammenarbeit an

Die IV-Vorarlberg bietet der neuen Landesregierung eine enge und konstruktive Zusammenarbeit an. Hartmann: „Wir sind bereit, gemeinsam mit allen politischen Akteuren die Zukunft unseres Landes aktiv mitzugestalten. Die Herausforderungen sind groß – aber mit Mut, Entschlossenheit und gemeinsamer Arbeit

kann jede Herausforderung für unseren Wirtschaftsstandort gemeistert werden.“



WEBTIPP

Gesamter Forderungskatalog zum Download: <https://tinyurl.com/ymswm2zz>

EXECUTIVE SUMMARY – SECHS HANDLUNGSFELDER FÜR DEN STANDORT VORARLBERG

Weniger Bürokratie!

Konkrete Forderungen:

- Einrichtung einer Amtsstelle für Entbürokratisierung und Verfahrensvereinfachung
- Einrichtung einer anonymen Ombudsstelle für Betriebe
- Einführung einer Plattform zur digitalen Verfahrensabwicklung
- Einführung einer „One-in-one-out-Regelung“ sowie einer „Sunset-Klausel“ für Gesetze

Informationen auf BHs und Gemeindeämtern auf Englisch zur Verfügung stellen

- Zukunftsbüro für Fachkräfte: Etablierung einer Service- und Netzwerkstelle für Vorarlberger außerhalb des Ländles

Lehre weiter verbessern!

Konkrete Forderungen:

- Lehrlings- und Lehrbetriebscoaching verbessern
- Modulare Lehre ermöglichen
- Vorarlbergs Interessen bei der Höheren Beruflichen Bildung berücksichtigen

Kosten senken!

Konkrete Forderungen:

- Eigenständige Senkung der Lohnnebenkosten um ein Prozent im Land
- Bodenfonds für Betriebsflächen etablieren
- Rückkehr zur nachhaltigen Finanzpolitik

Forschung stärken!

Konkrete Forderungen:

- Einsatz für das Promotionsrecht für Fachhochschulen
- Industrienahe Doktorate ermöglichen
- Private Public Partnerships verstärken
- Studentisches Wohnen am Standort der FH Vorarlberg schaffen

Mehr Fachkräfte!

Konkrete Forderungen:

- Neuer Lehrberuf „Kinderbetreuung“
- Ausbildung von Betreuungspersonen beschleunigen und entakademisieren
- Quereinstieg von Betreuungspersonen erleichtern
- Notwendige Formulare und

Infrastruktur ausbauen!

Konkrete Forderungen:

- Beteiligung an der „Task Force Güterverkehr“ durch das Land
- Bau der Unterflurtrasse
- Ausbau der Gleise im Rheintal
- S18 einem UVP-Verfahren zuführen



JI-BUNDESTAGUNG IN VORARLBERG

(Siehe Seite 9:.) Nach zehn Jahren war das Ländle wieder Gastgeber der Bundestagung der Jungen Industrie. 120 junge Unternehmer und Führungskräfte aus ganz Österreich trafen sich zum Auftakt in der Johanniterkirche, besichtigten Hirschmann Automotive, Rondo Ganahl und I1er, diskutierten in Furx und wanderten in Vorarlbergs Bergen. Hier einige Impressionen ...





Betriebliche Kinderbetreuung – ein Erfolgsmodell

Über 1.700 Kinderbetreuungsplätze stellen Vorarlbergs Betriebe zur Verfügung.

Am Weg zum chancenreichsten Lebensraum für Kinder – dieses Ziel hat sich Vorarlberg ja bekanntlich bis zum Jahr 2035 vorgenommen – zeigt sich der große Erfolg und zugleich die besondere Wichtigkeit der betrieblichen Kinderbetreuung für das Ländle. Unsere Betriebe stellen jeden zehnten Kinderbetreuungsplatz in unserem Bundesland und bei der Kleinkinderbetreuung sogar jeden vierten.

WEBTIPP

Leitfaden für mehr betriebliche Kinderbetreuung in Vorarlberg

Mit diesem Leitfaden zeigen IV-Vorarlberg und WKV in Kooperation mit Land und Gemeindeverband verschiedene Modelle sowie konkrete Handlungsschritte für Unternehmen.

Leitfaden zum Download:



41. VORARLBERGER WIRTSCHAFTSFORUM (14.11.2024)

Die Zukunft der Wirtschaft heute gestalten!

Mit Isabel Russ (VN), Franz Schellhorn (Agenda Austria), Oliver Holle (Speedinvest), Wilfried Hopfner (WKV), Elmar Hartmann (IV), Arndt Geiwitz (SGP Schneider Geiwitz und Partner) und weiteren Teilnehmern.



WEBTIPP

Festspielhaus Bregenz; 8:30 Uhr Frühstück, 9:30 Uhr Beginn

